



Fachbereich Rechtspflege

Studienplan

Diplom-Studiengang
Rechtspflege

Teil A

Allgemeine Regelungen

1. Nach § 3 Abs. 2 APORPfl sind vom Fachbereich Rechtspflege der HWR Berlin für alle fachtheoretischen Studienzeiten Studienpläne zu erstellen. Die fachtheoretischen Studienabschnitte sind gemäß § 5 Abs. 1 APORPfl das erste, zweite, vierte und sechste Semester.
2. Die Studienpläne binden nach § 6 Abs. 4 StudORPfl haupt- und nebenamtliche Lehrkräfte hinsichtlich der bezeichneten Gegenstände. Die nachfolgenden allgemeinen Regelungen sind Teil der Studienpläne.
3. Lehrgegenstände des **ersten und zweiten Semesters** sind nach § 8 i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 1 – 8 und Nr, 11 – 14 APORPfl:
 - Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht
 - Einführung in das Zivilrecht
 - Grundzüge des Verfassungs- und Verwaltungsrechts
 - Familienrecht einschl. des Verfahrensrechts
 - Grundstücksrecht einschließlich Grundbuchverfahren
 - Erbrecht einschließlich des Verfahrensrechts
 - Handels- und Gesellschaftsrecht einschließlich Registerverfahren
 - Mobiliarvollstreckungsrecht
 - Zivilprozessrecht, Kostenrecht in Zivilverfahren sowie in Familienverfahren
 - Organisations- und Verwaltungskunde
 - Grundzüge des Strafrechts, des Strafprozessrechts und des Strafvollstreckungsrechts
 - Internationales Privatrecht

Lernziele:

Lernziel der Fächer **Zivilrecht** und **Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht** ist die Beherrschung der juristischen Arbeitsmethoden und die zuverlässige Kenntnis der grundlegenden zivilrechtlichen Institutionen sowie deren systematischer Zusammenhänge. Den Studierenden sollen möglichst umfangreiche Informationen über System, Funktion und gesellschaftliche Bedeutung der Justiz vermittelt werden; hinzutreten soll eine erste Anschauung von den Aufgaben des Rechtspflegers. Lernziele sind die Beherrschung der Gliederung der Ordentlichen Gerichtsbarkeit, des Gerichtsaufbaus, von Aufgaben und Stellung der einzelnen Funktionsträger sowie der

Grundsätze des Rechtspflegerrechts. Zu vermitteln ist ferner das grundsätzliche Verständnis für die verfahrensrechtlichen Grundbegriffe (Partei- bzw. Beteiligtenbegriff; Amts- und Antragsverfahren; Beibringung und Amtsbetrieb).

Lernziel in den Fächern **Familienrecht, Erbrecht, Grundstücksrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Vollstreckungsrecht, Zivilprozessrecht sowie Strafrecht- und Strafprozessrecht** ist die zuverlässige Kenntnis der materiellen und verfahrensrechtlichen Regelungen sowie die Beherrschung der jeweiligen Gutachtens- und Entscheidungstechnik.

Darüber hinaus werden Lehrveranstaltungen zum **Internationalen Privatrecht** durchgeführt, um die Unterscheidung zwischen Einheitsrecht und Internationalem Privatrecht sowie die Bedeutung staatsvertraglicher Vereinbarungen zu erlernen.

Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Rechtspflege sachgerecht und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer sowie geschlechterspezifischer Aspekte zu lösen und ihre Entscheidung allgemein verständlich zu begründen.

4. Lehrgegenstände des **Vierten Semesters** sind nach § 10 i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 4, Nr. 8 – 10 und Nr. 13 und 14 APORPfl:

- Familienrecht einschl. des Verfahrensrechts
- Mobiliarvollstreckungsrecht
- Immobilienvollstreckungsrecht
- Insolvenzrecht
- Grundzüge des Strafrechts, des Strafprozessrechts und des Strafvollstreckungsrechts
- Internationales Privatrecht

Lernziele:

Sie bezwecken die Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, die im ersten Studienabschnitt erworben wurden unter Einbeziehung der in den praktischen Studienteilen erworbenen Erfahrungen. Lernziel ist die Beherrschung der im Berufsalltag des Rechtspflegers anfallenden Geschäfte. In den neu hinzutretenden Fachgebieten sind zuverlässige Kenntnis der materiellen und verfahrensrechtlichen Regelungen sowie die Beherrschung der jeweiligen Gutachtens- und Entscheidungstechnik zu vermitteln. Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben der Rechtspflege sachgerecht und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer sowie geschlechterspezifischer Aspekte zu lösen und ihre Entscheidung allgemein verständlich zu begründen.

5. Lehrgegenstände des **sechsten Semesters** sind gem. § 12 i. V. m. § 7 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 - 11 und Nr. 13 und 14 APORPfl:

- Gerichtsverfassungs- und Rechtspflegerrecht
- Familienrecht einschl. des Verfahrensrechts
- Grundstücksrecht einschließlich Grundbuchverfahren
- Erbrecht einschließlich des Verfahrensrechts
- Handels- und Gesellschaftsrecht einschließlich Registerverfahren
- Mobiliarvollstreckungsrecht
- Immobilialvollstreckungsrecht
- Insolvenzrecht
- Zivilprozessrecht, Kostenrecht in Zivilverfahren sowie in Familienverfahren
- Grundzüge des Strafrechts, des Strafprozessrechts und des Strafvollstreckungsrechts
- Internationales Privatrecht

Lernziele:

Studierende sollen die Kenntnisse der bereits umfassend erlernten Rechtsmaterien weiter vertiefen und insbesondere die Verknüpfung zu den in der zweiten Praxisphase erworbenen Kenntnissen herstellen. Die letzte Studienphase soll intensiv auf das bevorstehende Staatsexamen vorbereiten.

6. Nach dem vom Fachbereichsrat beschlossenen Studienmodell wird der Lehrstoff der genannten Fächer in Vorlesungen und Übungen behandelt. Sie stellen jeweils die grundlegenden Institutionen des Faches sowie deren systematische und dogmatische Zusammenhänge dar. Die Übungen dienen der anwendungsbezogenen Vertiefung, Erweiterung und Einübung des Vorlesungsstoffes anhand von praktischen Fällen in Kleingruppen. Ist ein Studienjahrgang in mehrere Studiengruppen aufgeteilt, so sollen in allen Gruppen dieselben Fälle behandelt werden. Dies schließt nicht aus, dass die Lehrperson aktuelle Fälle, z.B. aus der eigenen Gerichtspraxis, zusätzlich anbietet. In allen Übungsgruppen ist die Abfassung der gerichtlichen Entscheidungen zu üben. Auf einen korrekten Entscheidungsaufbau und die sachgerechte Begründung ist besonderer Wert zu legen.

Die Studienpläne unterscheiden nicht zwischen den in den Vorlesungen und den in den Übungen zu behandelnden Gegenständen. Dies ist schon deshalb nicht veranlasst, weil die Schwerpunktthematik des jeweiligen Faches regelmäßig in beiden

Lehrveranstaltungsarten zu behandeln sein wird. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es mit dem Studienmodell nicht vereinbar wäre, wenn in den Übungen der Stoff der Vorlesung erneut im Zusammenhang vorgetragen wird. Gegenstand der Übungen ist nicht die systematische Stoffwiederholung, sondern die fallbezogene Stoffanwendung. Erstmals systematisch zu erarbeiten und darzustellen sind jedoch die Lehrgegenstände, die nicht in der Vorlesung behandelt wurden.

Der Fachbereichsrat beschließt jeweils zu Beginn eines Studienabschnittes den Stundenanteil, den Vorlesungen und Übungen innerhalb des von der Studienordnung vorgegebenen Stundenansatzes erhalten. Die Lehrgegenstände der Vorlesung bestimmt dann die Lehrperson, die mit der Vorlesung betraut ist.

Teil B

Erstes Semester

Zivilrecht - BGB, AT, Schuldrecht (120 Stunden)
--

I. Methodische Grundlagen

1. Einführung in das Privatrecht
2. Rechtsquellen des Privatrechts
3. Aufbau und Gliederung des BGB
4. Anwendung und Auslegung von Vorschriften des BGB

II. Rechtssubjekte, Rechtsobjekte und Rechtsverhältnisse

1. Natürliche und juristische Personen
2. Personengesellschaften, Personenhandelsgesellschaften
3. Die Handlungsfähigkeit von Personen
 - a. Deliktsfähigkeit
 - b. Realaktsfähigkeit
 - c. Geschäftsfähigkeit
4. Sachen als Rechtsobjekte
 - a. Bewegliche Sachen
 - b. Unbewegliche Sachen
 - c. Bestandteile, Zubehör
 - d. Früchte und Nutzungen
5. Rechtsverhältnisse und subjektive Rechte
 - a. Der Anspruch als subjektives Recht
 - b. Einwendungen und Einreden gegen den Anspruch

III. Das Rechtsgeschäft

1. Arten der Rechtsgeschäfte
2. Die Willenserklärung
3. Die Willensbildung
 - a. Die Abgabe der Willenserklärung
 - b. Der Zugang der Willenserklärung
 - c. Der Inhalt der Willenserklärung
4. Die Auslegung der Willenserklärung
5. Behandlung von Einigungsmängeln
6. Die Anfechtung von Willenserklärungen
 - a. Anfechtungsgründe

- b. Anfechtungsfrist
 - c. Anfechtungserklärung
 - d. Folgen der Anfechtung
7. Unzulässige Inhalte von Rechtsgeschäften
- a. Gesetzliche Verbote
 - b. Sittenwidrige Rechtsgeschäfte
 - c. Veräußerungsverbote

IV. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

- 1. Rechtsfähigkeit
 - a. Rechtsfähigkeit natürlicher Personen
 - b. Rechtsfähigkeit bei juristischen Personen und Personengesellschaften
- 2. Geschäftsfähigkeit
 - a. Begriff der Geschäftsfähigkeit
 - b. Fehlende und eingeschränkte Geschäftsfähigkeit
 - c. Rechtswirkungen fehlender oder eingeschränkter Geschäftsfähigkeit

V. Die Stellvertretung

- 1. Das Handeln im fremden Namen (Offenlegungsprinzip und Unmittelbarkeitsprinzip)
- 2. Die Vertretungsmacht
- 3. Die Grenzen der Vertretungsmacht, insbes. das Insichgeschäft
- 4. Die Vertretung ohne Vertretungsmacht

VI. Zustimmung, Bedingung, Befristung

- 1. Die Zustimmung zum Rechtsgeschäft
- 2. Bedingte und befristete Rechtsgeschäfte
- 3. Zeitbestimmungen und Fristen
- 4. Fristberechnungen

VII. Das Schuldverhältnis

- 1. Die Entstehung, Inhalt
- 2. Das Erlöschen
 - a. Erfüllung und Erfüllungssurrogate
 - b. vertragliche Aufhebung
 - c. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen

VII. Leistungsstörungen im Schuldverhältnis

1. Unmöglichkeit der Leistung
2. Verzug
3. sonstige Leistungsstörungen im Überblick, insb. Gewährleistungsrecht und Nebenpflichtverletzungen

VIII. Gesamtschuld

IX. Gläubiger- und Schuldnerwechsel

X. Überblick über ausgewählte Vertragstypen des Schuldrechts

XI. Besitz und Eigentum

1. Begriffe
2. Besitzerwerb und Besitzverlust
3. Die verschiedenen Besitzarten
4. Der Eigentumserwerb an beweglichen Sachen
 - a. Die Bedeutung des Abstraktionsprinzips
 - b. Die Erwerbsformen (§§ 929 bis 931 BGB)
 - c. Der Erwerb vom Nichtberechtigten
5. Der Eigentumsvorbehalt
6. Die Sicherungsübereignung

XII. Gesetzliche Schuldverhältnisse

1. Das Kondiktionsrecht
2. Überblick: Das Vindikationsrecht
3. Überblick: Das Deliktsrecht

XIII. Einblick in die Methodenlehre

1. Auslegungsgrundsätze
2. Analogie und teleologische Reduktion

Gerichtsverfassungsrecht, Rechtspflegerrecht (24 Stunden)
--

I. Gerichtsverfassung und Gerichtsorganisation

1. Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gewaltenteilung
2. Überblick über die einzelnen Gerichtsbarkeiten
3. Aufbau und Aufgaben der ordentlichen Gerichte

II. Überblick: Funktionsträger(innen) der Justiz

1. Richter(in)
2. Rechtspfleger(in)
3. Urkundsbeamte(r) der Geschäftsstelle

III. Grundzüge des Rechtspflegerrechts

1. Historische Entwicklung im Überblick
2. Aufgabenbereiche der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
3. Rechtsstellung der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
4. Rechtsbehelfssystem § 11 RPflG

Familienrecht I (60 Stunden)

A. Das Eherecht

B. Abstammung

- I. Mutterschaft
- II. Vaterschaft
- III. Anfechtung der Vaterschaft
- IV. Rechtliche Auswirkungen der modernen Fortpflanzungsmedizin
- V. Verfahrensrechtliche Fragen

C. Das Kindschaftsrecht

I. Natürliche Elternpflichten und –rechte

1. Elterliche Sorge
 - a. Gemeinsame elterliche Sorge/Alleinsorge, Voraussetzungen und Wirkungen der Sorgeerklärungen
 - b. Inhalte des elterlichen Sorgerechts, Personen-, Vermögenssorge, Vertretungsmacht, Grenzen elterlicher Sorge, Meinungsverschiedenheiten der Sorgerechtsinhaber, Elternwille und Selbstbestimmungsrecht des Kindes, Gesetzliche Vertretungsausschlüsse, ihre Ausnahmen und ihre Folgen, Familienrechtliche Genehmigungen, Rechtsnatur, Genehmigungstatbestände, gerichtliches Verfahren, Elterliche Sorge nach Tod eines Elternteils und nach Trennung (§§ 1680, 1671 BGB), Tatsächliche Verhinderung und Ruhen elterlicher Sorge wegen tatsächlicher und rechtlicher Verhinderung (§§ 1678, 1673 – 1675 BGB), Rechte des nichtsorgeberechtigten Elternteils, Eingriffe in

die Sorge wegen Gefährdung des Kindeswohls oder des Kindesvermögens, §
1666 BGB

2. Umgangspflicht und -recht

II. Die Vormundschaft

1. Voraussetzungen der Vormundschaft
2. Anordnung der Vormundschaft, Auswahl und Bestellung des Vormunds
3. Gesetzliche Amtsvormundschaft
4. Benennungsrecht der Eltern
5. Aufgaben des Vormunds
6. Familiengerichtliche Genehmigungen
7. Ende des Amtes und Ende der Vormundschaft

III. Grundzüge des Pflegschaftsrechts

1. Die Ergänzungspflegschaft
2. Pflegschaft für die Leibesfrucht

Grundbuchrecht I (60 Stunden)

I. Grundbuch

II. Grundstück – Flurstück

III. Grundstücksrechte

1. Übersicht
2. Einzelfälle
 - a. Hypothek – Grundschuld
 - b. Reallast
 - c. Vorkaufsrecht
 - d. Nießbrauch
 - e. Grunddienstbarkeit
 - f. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit

IV. Begründung und Übertragung von Grundstücksrechten

1. Doppeltatbestand: Einigung und Grundbucheintragung
2. Zusammenspiel von Einigung und Grundbucheintragung

V. Übereignung von Grundstücken

1. Kaufvertrag
2. Auflassung
3. Abstraktionsprinzip

VI. Eigentumsvormerkung

1. Zweck
2. Wirkung
3. Akzessorietät
4. Begründung
5. Übertragung

VII. Inhaltsänderung von Grundstücksrechten

VIII. Aufhebung von Grundstücksrechten

IX. Materielles und formelles Grundstücksrecht

X. Antrag

XI. Bewilligung

XII. Dingliche Einigung

XIII. Nachweis der Eintragungsunterlagen

XIV. Grundpfandrechte

1. Arten
2. Begründung
3. Übertragung
4. Tilgung
5. Aufhebung

XV. Voreintragung des Betroffenen

XVI. Entscheidungen des GBA

XVII. Grundbuchberichtigung

XIII. Rang der Grundstücksrechte

XIX. Grundstücksteilung und Grundstücksverbindungen

XX. Amtswiderspruch und Amtslöschung

XXI. Rechtsbehelfe

XXII. Zwangshypothek / Arresthypothek

Nachlassrecht I (60 Stunden)

I. Eigentum und Erbrecht

1. Verfassungsrechtlicher Schutz des Privaterbrechts
2. Begriff und Gegenstand des Erbrechts
3. Rechtsquellen
4. Räumlicher Geltungsbereich
5. Tragende Prinzipien des Erbrechts (Privaterbfolge, Verwandtenerbrecht, Testierfreiheit)

II. Grundbegriffe des Erbrechts

1. Grundsatz der Universalsukzession
2. Vonselbsterwerb
3. Vorrang der gewillkürten Erbfolge (Testierfreiheit und deren Einschränkungen durch bindende Verfügungen und das Pflichtteilsrecht)
4. Erbrecht des Fiskus
5. Erbfähigkeit (Vor- und Nachversterben, Ausschluss von der Erbfolge)

III. Ausschluss der gesetzlichen Erbfolge durch die gewillkürte Erbfolge

IV. Anwendbarkeit der Regeln zur gesetzlichen Erbfolge

V. Gesetzliche Erben (Überblick)

Die Verwandten, der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner und der Fiskus

VI. Das Erbrecht der Verwandten

1. Biologische und rechtliche Verwandtschaft
2. Erbfolge nach Ordnungen
3. Repräsentationsprinzip
4. Eintrittsrecht
5. Stammes- und Liniensystem

VI. Erbrecht bei Beteiligung nichtehelicher Kinder

IX. Das Erbrecht des Ehegatten

1. Erbrecht neben Verwandten der jeweiligen Ordnung
2. Einfluss des Güterstandes
3. Vergleich der erb- und güterrechtlichen Lösung beim gesetzlichen Güterstand
4. Voraus und Dreißigster

X. Das Erbrecht des eingetragenen Lebenspartners

Vollstreckungsrecht I (40 Stunden)

A. Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

I. Allgemeine Grundlagen des Zwangsvollstreckungsrechts

1. Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung
2. Die Arten der Zwangsvollstreckung
3. Die Organe der Zwangsvollstreckung und ihre Zuständigkeit
4. Standort und Entwicklung des Zwangsvollstreckungsrechts

II. Die allgemeinen und besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

1. Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen
2. Der Vollstreckungstitel
3. Die Vollstreckungsklausel
4. Die Zustellung des Vollstreckungstitels
5. Die besonderen Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung

B. Die allgemeinen Wirkungen der Pfändung

I. Die Pfändung von körperlichen Gegenständen des Schuldners

1. Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers
2. Der Vollstreckungsauftrag

3. Zahlungsvereinbarungen und Vermögensauskunft nach §§ 802a ff. ZPO
4. Die Pfändung körperlicher Gegenstände

II. Die Rechtswirkungen einer Pfändung

1. Die Verstrickung der gepfändeten Sache oder der gepfändeten Forderung
2. Das Pfändungspfandrecht (§ 804 ZPO)

C. Die Pfändung von Geldforderungen

I. Die Stellung der Forderungspfändung im Zwangsvollstreckungsrecht

1. Grundstruktur und Bedeutung der Forderungspfändung
2. Die Beteiligten bei der Forderungspfändung
3. Die zu pfändende Forderung

II. Das Verfahren der Pfändung und ihre Wirkungen

1. Die Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts nach § 828 ZPO
2. Der Antrag des Gläubigers auf Erlass des Pfändungsbeschlusses
3. Der Prüfungsumfang durch das Gericht
4. Der Pfändungsbeschluss nach § 829 ZPO
5. Das Wirksamwerden der Pfändung
6. Die Wirkungen der Pfändung
7. Die Vorphändung nach § 845 ZPO

III. Die Verwertung der gepfändeten Forderung

1. Die Überweisung der gepfändeten Forderung
2. Die Arten der Überweisung nach § 835 ZPO
3. Das Verfahren zur Überweisung
4. Die Geltendmachung der Forderung gegenüber dem Drittschuldner

IV. Pfändbare und unpfändbare Forderungen

1. Beispielhafte pfändbare Forderungen im Allgemeinen
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens im Überblick
3. Die Pfändung des Girokontos im Überblick

Handels- Gesellschafts- und Registerrecht I (60 Stunden)

A. Das Handelsregister

- I. Sinn und Zweck des Handelsregisters**
- II. Führung und Einteilung des Handelsregisters**
- III. Anmeldungen**
 - 1. Anmeldeverpflichtete
 - 2. Vertretung bei der Anmeldung
 - 3. Form

- IV. Publizität des Handelsregisters**
 - 1. Negative Publizität
 - 2. Positive Publizität

- B. Die Eintragungen im Handelsregister, Abteilung A**
- I. Der Einzelkaufmann**
 - 1. Ist-Kaufmann
 - 2. Kann-Kaufmann kraft Eintragung
 - 3. Kann-Kaufmann nach § 3 HGB

- II. Die Firma**
 - 1. Kriterien
 - 2. Firmeneinheit, Veräußerungsverbot
 - 3. Firmenfortführung
 - 4. Anmeldung der Firma, Zeichnung

- III. Die Prokura**
 - 1. Erteilung
 - 2. Umfang
 - 3. Einzel- und Gesamtprokura
 - 4. Erlöschen der Prokura
 - 5. Anmeldung, Zeichnung

- IV. Die offene Handelsgesellschaft**
 - 1. Begriff und Abgrenzungsfragen zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts
 - 2. Entstehungsvoraussetzung
 - 3. Innenverhältnis
 - 4. Außenverhältnis
 - a. Vertretung
 - b. Haftung

5. Gesellschafterwechsel
 - a. Ausscheiden, Nachfolgeklauseln, Eintrittsklauseln
 - b. Eintritt
 - c. Übertragung der Gesellschafterstellung kraft Rechtsgeschäft
 - d. Beteiligungsumwandlung
 - e. Firmenfortführung bei Änderungen im Gesellschafterbestand
6. Beendigung
 - a. Auflösung
 - b. Fortsetzung
 - c. Erlöschen

V. Die Kommanditgesellschaft

1. Begriff und Abgrenzungsfragen
2. Entstehungsvoraussetzungen
3. Innenverhältnis
4. Außenverhältnis
 - a. Vertretung
 - b. Haftung
5. Gesellschafterwechsel
 - a. Ausscheiden
 - b. Eintritt
 - c. Übertragung der Gesellschafterstellung kraft Rechtsgeschäft
 - d. Beteiligungsumwandlung
 - e. Vererbung des Kommanditanteils
 - f. Beendigung
6. Beendigung
 - a. Auflösung
 - b. Fortsetzung
 - c. Erlöschen

Zivilprozessrecht, Kostenrecht I I (60 Stunden)
--

A. Die Prozessmaximen

I. Die Dispositionsmaxime

II. Die Verhandlungsmaxime oder der Beibringungsgrundsatz

III. Der Grundsatz der Mündlichkeit

- IV. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit**
- V. Der Grundsatz der Öffentlichkeit**
- VI. Der Anspruch auf rechtliches Gehör**

B. Prozessvoraussetzungen als Zulässigkeitsvoraussetzung

I. Der Rechtsweg

II. Die sachliche Zuständigkeit

1. Wert des Streitgegenstandes
2. Der Prozessstreitwert
3. Wertfestsetzung gem. § 3 ZPO
4. Berechnung des Prozessstreitwerts

III. Die örtliche Zuständigkeit

1. Der allgemeine Gerichtsstand
2. Die besonderen/ausschließlichen Gerichtsstände

IV. Die funktionelle Zuständigkeit

V. Der Wert des Streitgegenstands in Bezug auf das Kostenrecht

1. Der Gebührenstreitwert für die Gerichtsgebühren
2. Der Gegenstandswert für die Rechtsanwaltsgebühren

VI. Parteivoraussetzungen

1. Die Parteifähigkeit
2. Die Prozessfähigkeit
3. Die Postulationsfähigkeit
4. Die Streitgenossenschaft

C. Die Vertretung im Prozess

I. Gesetzliche Vertretung

II. Rechtsgeschäftliche Vertretung durch Prozessbevollmächtigten

1. Umfang der Prozessvollmacht
2. Wirkung der Handlungen des Prozessbevollmächtigten
3. Erlöschen der Vollmacht

III. Prozessführungsbefugnis

D. Die Arten der Klage

- I. Die Leistungsklage**
- II. Die Feststellungsklage**
- III. Die Gestaltungsklage**

E. Die Klageerhebung

I. Klageschrift, obligater Inhalt

- 1. Zulässigkeitsvoraussetzung der ordnungsgemäßen Klageerhebung
- 2. Bestimmende oder vorbereitende Schriftsätze
- 3. Bestimmter Antrag

II. Die Wirkungen der Klageerhebung

- 1. Die Rechtshängigkeit
- 2. Die Klageänderung

F. Der äußere Ablauf des Prozesses

I. Prozesshandlungen

II. Das ordentliche Verfahren

I. Verhalten der Parteien während des Prozesses

I. Einwendungen und Einreden des Beklagten

II. Erledigung des Rechtsstreits ohne Urteil

- 1. Die Klagerücknahme
- 2. Die Erledigung der Hauptsache
- 3. Der Vergleich im Prozess

III. Beweisarten und Beweisverfahren

G. Die gerichtlichen Entscheidungen

I. Urteile

- 1. End- und Zwischenurteile

2. Sach- und Prozessurteile
3. Voll- und Teilurteile
4. Leistungs-, Feststellungs- und Gestaltungsurteile
5. Streitige (kontradiktorische) Urteile und Versäumnisurteile

II. Vollstreckbarkeitserklärung und Kostenentscheidung

III. Beschlüsse

IV. Die Rechtskraft

1. Die formelle Rechtskraft
2. Die materielle Rechtskraft
3. Beseitigung der materiellen Rechtskraft

H. Das Säumnisverfahren

I. Voraussetzungen

II. Säumnis des Beklagten

III. Säumnis des Klägers

IV. Der Einspruch

I. Die Rechtsmittel

I. Zulässigkeit

II. Die Berufung

III. Die Revision

IV. Die Beschwerde

1. Die sofortige Beschwerde
2. Die Rechtsbeschwerde

J. Gerichtskosten

I. Gebühren und Auslagen

II. Kosten- oder Gebührenbefreiung

III. Einforderung der Kosten

1. Fälligkeit

2. Vorauszahlung oder Vorschuss
3. Kostenschuldner
4. Erinnerung bzw. Beschwerde gegen den Kostenansatz

K. Außergerichtliche Kosten – Anwaltskosten

I. Gegenstandswert in gerichtlichen Angelegenheiten

II. Vergütungsrecht

1. Wert- und Rahmengebühren
2. Angelegenheit
3. Entstehen des Gebührenanspruchs
4. Fälligkeit
5. Vorschuss

III. Gebühren und Auslagen

1. Verfahrensgebühr
2. Terminsgebühr
3. Einigungsgebühr
4. Auslagen

IV. Terminsanwalt, Unterbevollmächtigter, Verkehrsanwalt

V. Gerichts- und Rechtsanwaltskosten im Rechtsmittelverfahren

L. Die Kostenfestsetzung

I. Kostenfestsetzung gemäß §§ 103 ff ZPO

1. Der Kostenerstattungsanspruch
2. Gegenseitige Kostenerstattungsansprüche
3. Kostenteilung

II. Das Verfahren

1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen
2. Besondere Verfahrensvoraussetzungen
3. Rechtliches Gehör
4. Begründetheit
 - a. Erstattungsfähigkeit von Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten
 - b. Erstattungsfähigkeit von Vorbereitungskosten
5. Die Entscheidung

- III. Kostenfestsetzung gegen Streitgenossen**
- IV. Kostenausgleichung**
- V. Bekanntgabe des Kostenfestsetzungsbeschlusses**
- VI. Rechtsmittel gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss**

Straf-, Strafprozess- und Strafvollstreckungsrecht I (50 Stunden)
--

A. Einführung in das Strafrecht

I. Begriff des Strafrechts, seine Stellung innerhalb der Rechtsordnung sowie seine innere Ordnung

- 1. Begriff des Strafrechts (einschl. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten)
- 2. Stellung des Strafrechts innerhalb der Rechtsordnung
- 3. Innere Ordnung des Strafrechts i.e.S. (sog. Drei-Säulen-Theorie, materielles und formelles Strafrecht)

II. Sinn des Strafrechts und des Strafens

- 1. Rechtsgüterschutz
- 2. Vergeltung, General- und Spezialprävention

III. Überblick über die Rechtsfolgen des Strafrechts

- 1. Rechtsfolgen nach dem Strafgesetzbuch
- 2. Rechtsfolgen nach dem Jugendgerichtsgesetz

IV. Formelle Rechtsfolgen des Strafrechts

- 1. Strafen
 - a. Freiheitsstrafe und Geldstrafe
 - b. Nebenstrafe (Fahrverbot)
- 2. Nebenfolgen
- 3. Maßregeln der Besserung und Sicherung
 - a. Unterbringung in psychiatrischem Krankenhaus, Entziehungsanstalt oder Sicherungsverwahrung
 - b. Führungsaufsicht
 - c. Entziehung der Fahrerlaubnis
 - d. Berufsverbot

V. Bundeszentralregister

B. Struktur des Strafrechts

I. Geltungsbereich des Strafgesetzbuches und Gesetzlichkeitsprinzip des Strafrechts

1. Inlands- und Auslandstaten
2. Bestimmtheitsgrundsatz (Gesetzesvorbehalt)
3. Verbot strafbegründenden und strafschärfenden Gewohnheitsrechts sowie Analogieverbot zulasten des Täters
4. Rückwirkungsverbot

II. Elemente der Strafbarkeitsprüfung

1. Tatbestandsmäßigkeit
2. Rechtswidrigkeit
3. Schuld

III. Ausgewählte Deliktstypen

1. Vorsätzliche und fahrlässige Begehungsdelikte
2. Echte und unechte sowie vorsätzliche und fahrlässige Unterlassungsdelikte

IV. Täterschaft und Teilnahme

1. Allein- und Mittäterschaft, Nebentäterschaft, mittelbare Täterschaft
2. Anstiftung und Beihilfe

V. Versuch

VI. Irrtumsfragen

VII. Tateinheit und Tatmehrheit

VIII. Ausgewählte Straftatbestände

1. Körperverletzungs- und Tötungsdelikte
2. Diebstahl
3. Sachbeschädigung

Grundzüge des Verfassungsrechts (50 Stunden)

I. Grundzüge des Staatsorganisationsrechts

1. Einführung (insb. Entstehung des GG)
2. Staatszielbestimmungen
 - a. Republik
 - b. Bundesstaat
 - c. Demokratie
 - d. Sozialstaat
 - e. Rechtsstaat
 - aa. Gewaltenteilung
 - bb. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes
 - cc. Justizgewährungsanspruch
 - dd. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
 - ee. Rechtssicherheit/Vertrauensschutz
 - f. Umweltschutz

II. Grundrechtslehre

1. Allgemeine Grundrechtslehre
 - a. Funktion der Grundrechte
 - b. Geltungsbereich der Grundrechte
 - c. Grundrechtsprüfung
2. Einzelne Freiheitsgrundrechte
 - a. Art. 1 GG
 - b. Art. 2 GG
 - c. Art. 4 GG
 - d. Art. 5 GG
 - e. Art. 6 GG
 - f. Art. 12 GG
 - g. Art. 14 GG
3. Gleichheits(grund)rechte (v. a. Art. 3 GG)

C. Grundzüge des Staatshaftungsrechts

1. Grundtatbestand: § 839 BGB iVm Art. 34 GG
2. Anwendungsfälle mit Rechtspflegerbezug

D. Europarecht

1. Allgemeines
 - a. Geschichte der EU

b. Organe der EU

2. Rechtsakte der EU
3. Europäische Grundfreiheiten
4. Anwendungsfälle mit Rechtspflegerbezug

Teil C

Zweites Semester

Familienrecht II (74 Stunden)

Grundzüge des Betreuungsrechts¹

- I. Entstehungsgeschichte**
- II. Voraussetzungen**
- III. Die Aufgabenkreise**
- IV. Auswirkungen der Betreuungsanordnung**
- V. Der Einwilligungsvorbehalt**
- VI. Die Person des Betreuers, die unterschiedlichen Betreuertypen**
- VII. Das Verfahren bis zur Betreuerbestellung**
- VIII. Die Verpflichtung und das Einführungsgespräch**
- IX. Rechtsstellung des Betreuers, seine Rechte und Pflichten**
- X. Rechtsstellung des Betreuten**
- XI. „Ergänzungs- und Gegenbetreuung“**
- XII. „Befreite“ Betreuer**
- XIII. Besondere Genehmigungserfordernisse**
 - 1. Genehmigung von risikoreichen Gesundheitsmaßnahmen
 - 2. Genehmigung der Kündigung und Aufhebung von Wohnraummietverhältnissen
 - 3. Genehmigung zu freiheitsentziehender Unterbringung und sonstigen freiheitsentziehenden Maßnahmen

¹ Die Vertiefung des Betreuungsrechts erfolgt in den nachfolgenden Semestern.

4. Genehmigung zur Sterilisation
5. Genehmigung der Zwangsbehandlung

XIV. Vergütung und Auslagenersatz (Grundzüge)

XV. Betreuerwechsel

XVI. Beendigung, Aufhebung, Einschränkung, Erweiterung und Verlängerung der Betreuung

Grundbuchrecht II (120 Stunden)
--

I. Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung

II. Verfügungsbeeinträchtigung

III. Begründung, Belastung und Veräußerung von Wohnungseigentum

Die **Übungen** dienen der Vertiefung des Vorlesungsstoffes aus dem 1. und 2. Semester

Nachlassrecht II (80 Stunden)

I. Erbrechtliche Wirkungen der Kindesannahme (Überblick)

II. Ausschluss von der Erbfolge

1. Vorversterben
2. Enterbung
3. Verweisung auf den Erbersatzanspruch
4. Vereinbarung des vorzeitigen Erbausgleichs
5. Ausschlagung (Erklärung, Wirkung, Form, Frist, Zugang; Anfechtung und ihre Wirkung; gesetzliche Fiktionen)
6. Ausschluss bei festgestellter Erbunwürdigkeit
7. Ausschluss des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners trotz Bestehens der Ehe/ Lebenspartnerschaft

III. Bedeutung und Beweiskraft des Erbscheins im Rechtsverkehr

1. Verkauf von Nachlassgegenständen durch den Erben/den Scheinerben
2. Veräußerung von Immobilien/ Fahrnis durch den Scheinerben/ wahren Erben an Dritte
3. Leistung an den Erbscheinserben
4. Kein Beweismonopol des Erbscheins
5. Andere Möglichkeiten des Nachweises der Erbfolge
6. Das Europäische Nachlasszeugnis (Überblick)

IV. Arten des Erbscheins

1. Der Erbschein des Alleinerben; Teilerbschein
2. Der gemeinschaftliche Erbschein gem. § 352a FamFG
3. Der Erbschein gem. § 352c FamFG (Überblick)

V. Das Erbscheinsverfahren

1. Zuständigkeit für die Erbscheinsverhandlung
2. Zuständigkeit für die Erbscheinserteilung
3. Angaben und Nachweise des Antragstellers gem. § 352 FamFG
4. Verfahrensrechtliche Besonderheiten
 - a. Antrags- und Amtsverfahren
 - b. Zwischenverfügung/Das Verfahren nach § 352e FamFG/ Erteilung des Erbscheins/Zurückweisung des Antrags
 - c. Rechtsmittel
5. Einziehung des Erbscheins

VI. Der Begriff der Verfügung von Todes wegen

1. Abgrenzung zum sachenrechtlichen Begriff der Verfügung
2. Testament und Erbvertrag sowie gemeinschaftliches Ehegattentestament
3. Anordnungen in Verfügungen von Todes wegen (Überblick)

VII. Allgemeine Testierfreiheit und ihre Schranken; Testamentserrichtung

1. Schutz der Testierfreiheit durch die Verfassung
2. Einschränkungen der Testierfreiheit
 - a. Selbst auferlegte Einschränkungen
 - b. Einschränkungen durch das Gesetz, Überblick über das Pflichtteilsrecht

3. Testierfähigkeit
4. Testierwille
5. Formen
 - a. Ordentliche und außerordentliche Testamentsformen unter besondere Berücksichtigung des eigenhändigen Testaments, des öffentlichen Testaments und des Erbvertrages
 - b. Der typische Ablauf in der notariellen Praxis.
6. Sittenwidrige Anordnungen
7. Höchstpersönliche Anordnungen

VIII. Die Testamentsauslegung

1. Mögliche Anordnungen in einer Verfügung von Todes wegen
 - a. Erbrechtliche Anordnungen zur Berufung
 - b. Erbrechtliche Anordnungen, die auf die Erbfolge keinen Einfluss haben (z.B. Vermächtnis)
2. Auslegung von Verfügungen von Todes wegen
 - a. Wann besteht Auslegungsbedarf?
 - b. Die erläuternde Auslegung
 - c. Die ergänzende Auslegung
 - d. Allgemeine Auslegungsgrundsätze
 - e. Gesetzliche Auslegungsregeln
3. Anordnung einer Nacherbfolge
 - a. Typische Regelungsziele des Erblassers
 - b. Die Rechte des Vorerben/des Nacherben
 - c. Veräußerlichkeit und Vererblichkeit der Nacherbenanwartschaft
 - d. Nacherbfolge und Erbschein, Nacherbfolge und Grundbuch
4. Unwirksamkeit der Verfügung von Todes wegen bei Widerruf durch den Erblasser
5. Unwirksamkeit der Verfügung von Todes wegen bei Anfechtung
 - a. Testamentsanfechtung gem. §§ 2078 ff. (Anfechtung einer fremden Willenserklärung)
 - b. Anfechtung gem. § 2282 BGB

IX. Die besondere amtliche Verwahrung

1. Vorzüge und Nachteile der besonderen amtlichen Verwahrung
2. Das Verfahren bei der besonderen amtlichen Verwahrung

X. Die Testamentseröffnung

1. Sinn und Zweck der Testamentseröffnung
2. Verfahren bei und nach der Testamentseröffnung

XI. Besondere Arten letztwilliger Verfügungen

1. Der Erbvertrag
 - a. Rechtsnatur
 - b. Inhalt
 - c. Bindungswirkung
 - d. Aufhebung und Änderung durch Vereinbarung
 - e. Rücktritt vom Erbvertrag
2. Das gemeinschaftliche Ehegattentestament
 - a. Formen
 - b. Inhalt, Möglichkeit der Bindung
3. Die Stellung des überlebenden Ehegatten (Trennungs- und Einheitsprinzip)
 - a. Auslegung der Anordnungen in gemeinschaftlichen Ehegattentestamenten
 - b. Die Auslegungsregel des § 2269
4. Die Wiederverheiratungsklausel

XI. Die Testamentsvollstreckung

1. Anordnung der Testamentsvollstreckung und Ernennung des Testamentsvollstreckers
 - a. Rechtsstellung des Testamentsvollstreckers
 - b. Rechtsstellung der Erben
 - c. Das Testamentsvollstreckerzeugnis
2. Inhalt des Erbscheins

Vollstreckungsrecht II (40 Stunden)
--

Die Rechtsbehelfe der Zwangsvollstreckung im Überblick

I. Das System der Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung

II. Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO im Besonderen

1. Der Anwendungsbereich des § 766 ZPO
2. Die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Erinnerung
3. Das Verfahren bei Erhebung der Vollstreckungserinnerung durch den Gläubiger

Handels- Gesellschafts- und Registerrecht II (60 Stunden)

I. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

1. Gründung
 - a. Gründer
 - b. Gesellschaftsvertrag
 - c. Anmeldung und Versicherungen
 - d. Eintragung
 - e. Haftung in der Gründungsphase
2. Gesellschafterbeschlüsse
 - a. Gesellschafterversammlung
 - b. Abstimmung
 - c. Anfechtbarkeit von Gesellschafterbeschlüssen
 - d. Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen
3. Der Geschäftsführer
 - a. Bestellung
 - b. Vertretungsbefugnis
 - c. Ende des Geschäftsführeramtes
4. Abtretung, Teilung, Vererbung und Einziehung von Geschäftsanteilen
5. Änderungen des Gesellschaftsvertrages
 - a. Firmen- und Gegenstandsänderung
 - b. Kapitalmaßnahmen
6. Liquidation, Fortsetzung und Löschung

II. Vereinsrecht

Zivilprozessrecht, Kostenrecht II (110 Stunden)

A. Die Vergütungsfestsetzung

I. Gegenstand der Vergütungsfestsetzung

II. Das Verfahren

1. Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen
3. Einreden und Einwendungen

III. Die Entscheidung

1. Haftung mehrerer Auftraggeber
2. Kosten des Vergütungsfestsetzungsverfahrens
3. Kostenentscheidung
4. Zustellung des Beschlusses

IV. Rechtsmittel gegen den Vergütungsfestsetzungsbeschluss

B. Prozesskostenhilfe im Zivilprozess

I. Bewilligungsvoraussetzungen

1. Subjektive Voraussetzungen
2. Objektive Voraussetzungen
3. Einsatz des Einkommens
4. Einsatz des Vermögens

II. Verfahren

1. Antrag
2. Prüfungsverfahren
3. Bewilligung
4. Zahlungen

III. Beiordnung eines Rechtsanwalts

1. Umfang der Beiordnung
2. Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts

C. Das Mahnverfahren

I. Der Mahnantrag

1. Zulässigkeitsvoraussetzungen
2. Bezeichnung des Anspruchs

II. Gerichts- und Anwaltsgebühren

III. Die Entscheidung über den Mahnantrag

1. Prüfungsmöglichkeit und Prüfungspflicht
2. Nebenforderungen

IV. Widerspruch

1. Antrag auf Durchführung des streitigen Verfahrens
2. Abgabe
3. Vereinbarter, ausschließlicher Gerichtsstand
4. Kosten des Streitverfahrens

V. Vollstreckungsbescheid

VI. Einspruch

VII. Rücknahme von Mahnantrag, Widerspruch, Streit Antrag, Einspruch

1. Verfahrensrechtliche Folgen
2. Gebührenrechtliche Folgen

VIII. Kosten des Mahnverfahrens in der Kostenfestsetzung

D. Verfahrens- und Kostenrecht in Familiensachen

I. Grundlegendes zum Verfahrensrecht

1. Endentscheidung durch Beschluss
2. Zulässigkeit des Vergleichsabschlusses

II. Besonderheiten in Ehe- und Familienstreitsachen

1. Unterscheidung zwischen Familien- und Familienstreitsachen
2. Unanwendbarkeit bestimmter Vorschriften des FamFG

III. Kosten in Familiensachen

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Wertvorschriften des FamGKG und des RVG

IV. Verfahrens- und kostenrechtliche Vorschriften einzelner Familiensachen

1. Ehesachen
2. Kindschaftssachen
3. Abstammungssachen
4. Ehewohnungs- und Haushaltssachen
5. Versorgungsausgleichssachen

6. Unterhaltssachen
7. Güterrechtssachen

V. Verbund von Scheidung und Folgesachen

1. Begriff der Folgesachen
2. Abtrennung von Folgesachen und die Rechtsfolgen

VI. Einstweilige Anordnungen

1. Verfahrensrecht
2. Kostenrecht

VII. Kostentragung und Kostenerstattung in Familiensachen

1. Kostenrechtliche Vorschriften des FamFG
2. Besonderheiten in Ehe- und Familienstreitsachen
3. Kostenerstattung

VIII. Verfahrenskostenhilfe

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Bewilligungsvoraussetzungen
3. Beiordnung eines Rechtsanwalts

IX. Rechtsmittelverfahren in Familiensachen

E. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

I. Zulässigkeit

1. Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens
2. Antragsberechtigung
3. Vordruckzwang
4. Zuständigkeit

II. Verfahrensablauf

1. Verfahrensverbinding
2. Verfahren bei zulässigem Antrag
3. Festsetzung

III. Einwendungen des Antragsgegners

1. Über deren Begründetheit das Gericht entscheidet
2. Über deren Zulässigkeit das Gericht entscheidet

IV. Verfahrensgang bei Einwendungen

1. Rechtsmittel im vereinfachten Verfahren
2. Verbund mit Vaterschaftsfeststellung
3. Kosten im vereinfachten Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger

Internationales Privatrecht I (30 Stunden)

I. Grundlagen des Internationalen Privatrechts: Sachverhalt mit Auslandsbezug

II. Internationales Verfahrensrecht und Internationales Privatrecht

III. Internationale Zuständigkeit

1. Staatsverträge und Recht der Europäischen Union
2. Autonomes deutsches Recht
 - a. Geschriebene und ungeschriebene Regeln
 - b. Besonderheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

IV. Kollisionsrechtliche Prüfung

1. Sachnormen und Kollisionsrecht
2. Auffinden der maßgeblichen Kollisionsnorm
 - a. Funktion und Aufbau der Kollisionsnorm
 - b. Arten von Kollisionsnormen
 - aa. Rechtsquellen
 - bb. Staatsverträge und Europäisches Unionsrecht
 - cc. Autonomes Kollisionsrecht
3. Anwendung der Kollisionsnorm (Subsumtion): Wie ermittelt man das anwendbare Recht?
4. Verweisung
 - a. Sachnorm- und Gesamtverweisung
 - b. Rück- und Weiterverweisung
5. Anknüpfung und anwendbares Sachrecht
6. Qualifikation

V. Hauptfrage, Teilfrage, Erstfrage, Vorfrage

1. Haupt- und Teilfrage
2. Erstfrage (Begriff und Anknüpfung)
3. Vorfrage
 - a. Selbstständige und unselbstständige Anknüpfung
 - b. Fallgruppen
 - c. Eheschließung (als Vorfrage)
 - d. Bedeutung und Beweiswirkung ausländischer öffentlicher Urkunden

VI. Ordre public

Organisations- und Verwaltungskunde, Grundzüge d. Verwaltungsrechts (40 Stunden)

A. Rechtliche Funktionen in der Justiz

Die verschiedenen Zuordnungsbereiche einer justiziellen Organisationseinheit

Die Vielschichtigkeit des Handelns im Justizbereich soll verdeutlicht werden an folgenden Vorgängen: Der Amtsgerichtsdirektor bestellt beim Heizölhändler Öl für die Gerichtsheizung, erstellt eine dienstliche Beurteilung für einen Beamten, lehnt die Einsicht in die Akten eines Rechtsstreits durch einen nicht am Verfahren beteiligten Dritten ab, lehnt es als zuständiger Prozessrichter ab, dass dem Klägervertreter die Prozessakten zur Einsicht in die Kanzlei übersandt werden. Erörterung der jeweiligen rechtlichen Funktion des Handelnden.

I. Die Teilnahme am allgemeinen Rechtsverkehr

II. Die Funktion als Verwaltungshandelnder

1. Verwaltungsrechtlicher Organisationsaufbau
2. Der Begriff des Verwaltungsaktes
3. Verwaltungsrechtlicher Rechtsschutz

III. Das Beamtenrecht

1. Beamtenbegriff
 - a. staatsrechtlicher Sinn
 - b. haftungsrechtlicher Sinn
 - c. strafrechtlicher Sinn
2. Grundsätze des Beamtentums
3. Begründung des Beamtenverhältnisses
4. Arten des Beamtenverhältnisses
5. Dienstherr, Dienstvorgesetzter

6. Verwaltungsakte im Beamtenverhältnis
7. Leistungsprinzip- Beurteilungsverfahren-
8. Rechte und Pflichten von Beamten
9. Versetzung, Abordnung, Umsetzung von Beamten
10. Rechtsschutz
11. Ende des Beamtenverhältnisses

B. Grundzüge der Organisationslehre in der Justiz

I. Organisation der Justizbehörden

1. Der Aufbau der Justizbehörde
2. Vorgesetztenfunktion; Dienstaufsicht
3. Besonderheiten
 - a. Bezüglich der Richter
 - b. Bezüglich der Rechtspfleger
4. Die Dienstaufsichtsbeschwerde und das Disziplinarverfahren
 - a. Disziplinierungsanregung, Rechtsbehelf im weiteren Sinne
 - b. Einschränkungen im Hinblick auf die sachliche Unabhängigkeit von Richtern und Rechtspflegern
5. Personalbedarfsberechnung

II. Bedeutung des Haushaltsrechts

1. Der Staatshaushalt
 - a. Gliederung
 - b. Deckungsprinzip
 - c. Kosten- und Leistungsrechnung in der Justiz
 - aa. der Verwaltungskontenrahmen
 - bb. Budgetierung
1. Der Einzelhaushalt
 - a. Die Zuweisung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan
 - b. Die Einzelausstattung der Gerichte
 - c. Die Verwendung von Haushaltsmitteln
 - d. Controlling in der Justiz

III. Die DS-GVO in der Justizverwaltung

IV. Der elektronische Rechtsverkehr in der Justiz

Teil D

Viertes Semester

Familienrecht III (76 Stunden)

A. Vertiefung des Betreuungsrechts

I. Vergütung und Auslagenersatz

1. Ansprüche ehrenamtlicher Vormünder und Betreuer
 - a. Grundsatz der Unentgeltlichkeit, Ermessensvergütung
 - b. Auslagenersatz
2. Ansprüche des Berufsvormunds
3. Ansprüche des Berufsbetreuers
 - a. Fallpauschalen nach Tabellen
 - b. Besondere zusätzliche Pauschalen
4. Ansprüche des Verfahrenspflegers
5. Ansprüche des Verfahrensbeistands
6. Mittellosigkeit und Staatshaftung
7. Festsetzungsverfahren

II. Inhalte des Verpflichtungs- und des Einführungsgesprächs

III. Genehmigungsfähigkeit von Rechtsgeschäften

IV. Berücksichtigung der Wünsche des Betreuten, Meinungsverschiedenheiten

V. Zwangsbefugnisse im Betreuungsrecht

VI. Inhalt des Vermögensverzeichnisses, Umfang der Überprüfung

VII. Umfang und Prüfung der Rechnungslegung und der Berichterstattung

VIII. Abgrenzung zwischen rechtlicher und sozialer Betreuung

IX. Befreiungsmöglichkeiten (§ 1817 BGB), Voraussetzung und Umfang

B. Grundzüge des Namensrechts des Kindes

C. Ausgewählte Fragen des Familien- (Vormundschafts-, Pflegschafts-) und Betreuungsrechts

I. Pflegschaften

1. Ergänzungspflegschaft
 - a. Allgemeine Voraussetzungen
 - b. Vor- und Nacherbschaft
 - c. Erbaueinandersetzungen
 - d. Erbausschlagung
 - e. Personenidentität zwischen Testamentsvollstrecker und gesetzlichem Vertreter des minderjährigen Erben
2. Abwesenheitspflegschaft
3. Pflegschaft für unbekannte Beteiligte
4. Pflegschaft für die Leibesfrucht, Abgrenzung zur Beistandschaft

III. Vormundschaft

1. Anordnung
2. Mitvormundschaft

IV. Aufsichts- und Eingriffsrechte des Gerichts

1. Maßnahmen nach §§ 1837, 1886 BGB
2. Maßnahmen nach §§ 1846, 1693 BGB

V. Beendigung, Aufhebung von Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung

1. Gesetzliche Beendigung, gerichtliche Aufhebung
2. Pflichten des Vormunds, Pflegers, Betreuers nach Amtsbeendigung
3. Unaufschiebbare Angelegenheiten

Vollstreckungsrecht III (40 Stunden)

A. Die Pfändung von Arbeitseinkommen

I. Allgemeines Pfändungsverfahren

1. Bezeichnung der Forderung im Pfändungsbeschluss
2. Rechtsstellung des Drittschuldners

II. Bestimmung des Arbeitseinkommens

1. Arbeitseinkommen nach § 850 ZPO
2. Die Berechnung nach § 850e Nr. 1 ZPO

III. Pfändbare und unpfändbare Bezüge

1. Unpfändbare Bezüge nach § 850a ZPO
2. Bedingt pfändbare Bezüge, § 850b ZPO

IV. Berechnung des pfändbaren Betrages

1. Pfändung durch gewöhnlichen Gläubiger, § 850c ZPO
2. Unterhaltsberechtigter mit eigenem Einkommen, § 850c Abs. 4 ZPO
3. Pfändung durch Unterhaltsgläubiger, § 850d ZPO

V. Zusammentreffen mehrerer Pfändungen und Abtretung

1. Abtretung und Pfändung
2. Pfändung mehrerer gleichstehender Gläubiger, § 804 Abs. 3 ZPO
3. Pfändung gewöhnlicher und bevorzogter Gläubiger

VI. Besondere Fallgestaltungen

1. Änderung des unpfändbaren Betrages nach § 850f Abs. 1 ZPO
2. Vollstreckung wegen Ansprüchen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung des Schuldners, § 850f Abs. 2 ZPO
3. Lohnverschiebung und Lohnverschleierung nach § 850h ZPO
4. Einmalige Bezüge, § 850i ZPO

VII. Die Pfändung von Sozialleistungen

1. Arten der Sozialleistung
2. Pfändbare und unpfändbare Ansprüche nach § 54 SGB

B. Die Pfändung der Ansprüche aus Kontoverbindung

I. Die gegenseitigen Ansprüche aus dem Girovertrag

1. Das Wesen des Kontokorrents nach §§ 355, 357 HGB
2. Die einzelnen Ansprüche des Kontoinhabers
3. Die Beteiligten im Giroverhältnis

II. Die Pfändung der Ansprüche aus dem Girovertrag

1. Die Pfändung des gegenwärtigen Zustellungssaldos
2. Die Pfändung der Ansprüche auf Auszahlung eines Tagesguthabens
3. Formulierung des Pfändungsbeschlusses
4. Auskunfts- und Herausgabepflichten nach § 836 Abs. 3 ZPO

III. Das Pfändungsschutzkonto gemäß § 850k ZPO

1. Regelungserfordernis – Historie
2. Einrichtung des P-Kontos
3. Antrag gemäß § 850k Abs. 9 ZPO bei Innehaben mehrerer P-Konten
4. Umfang des Kontenschutzes gemäß § 850k ZPO
5. Zeitraum des Pfändungsschutzes gemäß § 850k Abs. 2 Satz 2 ZPO
6. Festsetzung des dem Pfändungsschutz unterliegenden Betrages gemäß § 850k Abs. 5 Satz 4 ZPO
7. Abweichende Festsetzung des dem Pfändungsschutz unterliegenden Betrages gemäß § 850k Abs. 4 ZPO

C. Die Pfändung von Grundpfandrechten

I. Einteilung und Funktion der Grundpfandrechte

1. Hypothek und Grundschuld, §§ 1113, 1191 BGB
2. Entstehen - Briefrecht und Buchrecht, §§ 1116, 1117 BGB
3. Übertragung der Hypothek und der Grundschuld, §§ 398, 1154 BGB
4. Bestand des Rechts und der Forderung

II. Die Pfändung einer Hypothekenforderung

1. Pfändungsbeschluss, § 830 ZPO
2. Das Problem der Briefübergabe
3. Pfändung der Forderung einer Buchhypothek
4. Pfandverwertung, § 837 ZPO

III. Pfändung einer Grundschuld, § 857 Abs. 6 ZPO

1. Pfändung von Grundschuld und Forderung
2. Pfändung der Eigentümergrundschuld, § 857 Abs. 6, 2 ZPO
3. Pfändung des Rückgewähranspruchs der Grundschuld

IV. Die Pfändung des Erlösanspruchs eines erloschenen Rechts

1. Das Erlöschen des Rechts in der Zwangsversteigerung
2. Drittschuldner des Anspruchs
3. Wirkungen der Pfändung

D. Die Pfändung anderer Vermögensrechte

I. Pfändbarkeit anderer Vermögensrechte, § 857 ZPO

II. Einzelne pfändbare Vermögensrechte

1. Das Anwartschaftsrecht auf Grundstückserwerb
2. Nießbrauch, § 1030 BGB, § 857 Abs. 3 ZPO
3. Gesellschaftsanteile, § 859 Abs. 1 ZPO, § 725 BGB, § 135 HGB
4. Nachlassanteil, § 859 Abs. 2 ZPO

Immobilienvollstreckungsrecht I (120 Stunden)
--

I. Die Arten der Immobilienvollstreckung

1. Zwangshypothek
2. Zwangsverwaltung
3. Zwangsversteigerung

II. Allgemeine Grundsätze der Immobilienvollstreckung

1. Das ZVG als Teil der ZPO
2. Überblick über die Rangklassen des § 10 ZVG
3. Beteiligte (§ 9 ZVG)
4. Einzel- und Gesamtverfahren

III. Verfahrensordnung und Beitritt

1. Voraussetzungen
2. Entscheidungen
3. Beitritt

IV. Beschlagnahme

1. Wirksamwerden
2. Verfügungsgebot
3. Zwangsversteigerungsvermerk

V. Einstellung, Fortsetzung und Aufhebung des Verfahrens

1. Einstellung und Fortsetzung aufgrund Gläubigerantrag Zwangsverwaltung
2. Einstellung aufgrund Schuldnerantrag
3. Einstellung nach § 765a ZPO

VI. Vorbereitung des Versteigerungstermins

1. Terminsveröffentlichung
2. Verkehrswertermittlung
3. Rechtzeitige Anmeldungen

VII. Ansprüche aus dem Grundstück (§§ 10 – 12 ZVG)

1. Rechte der Abt. II im Grundbuch
2. Rechte der Abteilung III im Grundbuch

VIII. Geringstes Gebot

1. Deckungsgrundsatz, Übernahmegrundsatz
2. Berücksichtigung der Rechte und Ansprüche

IX. Der Versteigerungstermin

1. Ablauf des Termins
2. Abgabe von Geboten
3. Sicherheitsleistung

X. Schuldner- und Gläubigerschutz

1. Die 7/10-Grenze des § 74 a ZVG
2. Die 5/10-Grenze des § 85 a ZVG
3. § 765 a ZPO

XI. Zuschlag

1. Versagung des Zuschlags
2. Erteilung des Zuschlags

3. Folgen der Zuschlagserteilung

XII. Erlösverteilung

1. Aufstellung des Teilungsplans
2. Ausführung des Teilungsplans

XIII. Besonderheiten bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke

Insolvenzrecht I (80 Stunden)

Grundsätze des Insolvenzrechts

A. Die Stellung des Insolvenzrechts im Wirtschafts- und Rechtsleben

I. Die wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung des Insolvenzrechts

1. Der Zweck des Insolvenzrechts im Wirtschaftsleben
2. Die Aussagekraft der Insolvenzstatistiken
3. Die Insolvenzrechtsreform bis zur Insolvenzordnung und weitere Änderungen

II. Der Ablauf eines Insolvenzverfahrens im Überblick

1. Insolvenzantrag und Insolvenzeröffnungsverfahren
2. Das eröffnete Insolvenzverfahren
3. Das Insolvenzplanverfahren
4. Eigenverwaltung und Schutzschirmverfahren

B. Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens

I. Das Insolvenzgericht

1. Allgemeine Vorüberlegungen
2. Die Zuständigkeit des Insolvenzgerichts
3. Die Aufgaben des Insolvenzgerichts
4. Allgemeine Regelungen des Verfahrensrechts

II. Der Schuldner im Insolvenzverfahren

1. Die Insolvenzverfahrensfähigkeit

2. Die allgemeinen Wirkungen der Insolvenzeröffnung
3. Die Pflichten des Schuldners im Insolvenzverfahren
4. Die Rechte des Schuldners im Insolvenzverfahren
5. Die Bildung der Insolvenzmasse

III. Der Insolvenzverwalter

1. Die Bedeutung des Insolvenzverwalters
2. Die Bestellung des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht
3. Die Wahl des Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung
4. Die rechtliche Qualifikation des Amtes des Insolvenzverwalters
5. Die Aufgaben des Insolvenzverwalters im Überblick
6. Die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gläubigern
7. Die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters
8. Die Vergütung des Insolvenzverwalters

IV. Die Gläubiger im Insolvenzverfahren

1. Die Gläubiger des Insolvenzverfahrens im Überblick
2. Die Masseverbindlichkeiten des Insolvenzverfahrens
3. Die Insolvenzgläubiger
4. Der Aussonderungsberechtigte nach § 47 InsO
5. Der Absonderungsberechtigte nach §§ 49 ff. InsO
6. Die Mitwirkungsrechte der Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren
7. Die Gläubigerversammlung als Organ der Gläubigergemeinschaft
8. Der Gläubigerausschuss als Exekutivorgan

Der Ablauf des Regelinsolvenzverfahrens

A. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

I. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens

1. Der Zweck des Insolvenzeröffnungsverfahrens
2. Das Antragserfordernis des § 13 InsO
3. Die Stellung des Insolvenzantrags durch den Schuldner und durch einen Gläubiger
4. Die Prüfung der Zulässigkeit des Insolvenzantrags durch das Gericht

II. Die Prüfung des Insolvenzgrundes nach § 16 InsO

1. Der Amtsermittlungsgrundsatz im Insolvenzeröffnungsverfahren
2. Die Insolvenzgründe der §§ 17 ff. InsO

III. Die Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts nach § 21 InsO

1. Die Erforderlichkeit einstweiliger Anordnungen nach § 21 Abs. 1 InsO
2. Die Sicherungsmaßnahmen des § 21 Abs. 2 InsO im Überblick
3. Die Anordnung von Verfügungsbeeinträchtigungen gegen den Schuldner nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO
4. Die Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 InsO
5. Die Anordnung der einstweiligen Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach § 21 Abs. 2 Nr. 3 InsO
6. Die Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses nach § 22a InsO
7. Vorläufige Sachwahrung und Schutzschirmverfahren nach §§ 270a, 270b InsO

IV. Die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens

1. Die Entscheidungsalternativen für die Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens
2. Die Abweisung der Insolvenzeröffnung mangels Masse nach § 26 InsO
3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens nach § 27 InsO

B. Das eröffnete Insolvenzverfahren

I. Der Verfahrensablauf nach Insolvenzeröffnung

1. Die Abwicklung der Insolvenz durch den Insolvenzverwalter
2. Der Ablauf des Verfahrens beim Insolvenzgericht

II. Die Anmeldung der Insolvenzforderungen

1. Die Anmeldepflicht und die Teilnahme am Insolvenzverfahren
2. Die Anmeldung einzelner Insolvenzforderungen
3. Die formalen Anforderungen an eine Forderungsanmeldung

III. Das Verfahren der Forderungsfeststellung

1. Der allgemeine Prüfungstermin nach § 176 InsO
2. Die Feststellung oder das Bestreiten von Forderungen

3. Der besondere Prüfungstermin nach § 177 InsO

IV. Die Verteilung des Verwertungserlöses und die Verfahrensbeendigung

1. Das Verteilungsverzeichnis als Voraussetzung einer Verteilung
2. Die Abschlagsverteilung nach § 187 Abs. 2 InsO
3. Die Schlussverteilung nach § 196 InsO
4. Die Nachtragsverteilung nach § 203 InsO
5. Die Einstellung des Insolvenzverfahrens aus sonstigen Gründen

Das sogenannte materielle Insolvenzrecht

A. Die vermögensrechtlichen Wirkungen der Insolvenzeröffnung

I. Der Entzug der Verfügungsbefugnis nach § 80 InsO

1. Die Verfügungsentziehung als Folge der Insolvenzeröffnung
2. Der Begriff der Verfügungsbefugnis
3. Die Übertragung der Verfügungsbefugnis auf den Insolvenzverwalter
4. Die Unwirksamkeit anderer Verfügungsverbote nach § 80 Abs. 2 InsO

II. Die absolute Unwirksamkeit von Verfügungen des Schuldners nach Insolvenzeröffnung

1. Der Grundsatz der absoluten Unwirksamkeit als Folge der Verfügungsentziehung
2. Die Verfügung des Schuldners nach Insolvenzeröffnung nach § 81 Abs. 1 Satz 1 InsO
3. Die Geltendmachung der Unwirksamkeit durch den Insolvenzverwalter
4. Die Unwirksamkeit sonstigen Rechtserwerbs nach § 91 Abs. 1 InsO

III. Die Wirksamkeit der Verfügung des Schuldners

1. Überblick zur Wirksamkeit einer unwirksamen Verfügung des Schuldners
2. Die Zustimmung des Insolvenzverwalters nach § 185 BGB
3. Die Anwendung des § 878 BGB beim Rechtserwerb nach § 91 InsO
4. Die Wirksamkeit durch gutgläubigen Erwerb
5. Die Anfechtbarkeit des Rechtserwerbs durch den Insolvenzverwalter

B. Die Leistungserbringung nach Insolvenzeröffnung

I. Die Leistungserfüllung an den Schuldner

1. Der offene Arrest nach § 28 Abs. 3 InsO
2. Die Wirksamkeit der Leistung nach § 82 InsO
3. Die Folgen unwirksamer Leistung

II. Die Leistung auf ein im Grundbuch eingetragenes Recht

1. Die Unterscheidung der Leistungsarten
2. Die Anwendung der Gutglaubensvorschrift des § 892 BGB

C. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf anhängige Prozesse

I. Die Prozessunterbrechung nach § 240 ZPO

1. Allgemeiner Überblick zu den Regelungen der §§ 85 ff. InsO
2. Die von der Unterbrechung betroffenen Verfahrensarten
3. Der Eintritt der Unterbrechungswirkung
4. Die Wirkung der Unterbrechung

II. Die Aufnahme eines Aktivprozesses nach § 85 InsO

1. Die Aufnahme durch den Insolvenzverwalter
2. Die Freigabe der streitbefangenen Sache nach § 85 Abs. 2 InsO

III. Die Aufnahme eines Passivprozesses nach § 86 InsO

1. Die Ansprüche auf Aus-, Absonderung und Masseansprüche
2. Die Aufnahme durch Verwalter oder den anderen Teil
3. Die Kostenregelung bei sofortigem Anerkenntnis

IV. Der Prozess wegen einer Insolvenzforderung nach § 87 InsO

1. Keine Prozessaufnahme
2. Anmeldung der Forderung zur Tabelle

D. Die Zulässigkeit der Aufrechnung nach Insolvenzeröffnung

I. Der Grundsatz der Erhaltung der Aufrechnungslage nach § 94 InsO

1. Die Systematik der Aufrechnung im Insolvenzverfahren
2. Die Voraussetzungen der Aufrechnung nach §§ 387 ff. BGB
3. Die Wirkungen wirksam erklärter Aufrechnung

II. Der spätere Eintritt der Aufrechnungslage nach § 95 InsO

1. Die Aufrechnung betagter und bedingter Forderungen
2. Die Verschärfung der Aufrechnung nach § 95 Abs. 1 Satz 3 InsO

III. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung nach § 96 InsO

1. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung gegen Masseansprüche
2. Die künstlich hergestellte Aufrechnungslage
3. Die anfechtbar erworbene Aufrechnungslage
4. Die Unzulässigkeit der Aufrechnung des Neugläubigers

E. Die Wirkungen der Insolvenzeröffnung auf gegenseitige Verträge

I. Die Problemstellungen für die Beteiligten in der Insolvenz

1. Die Gliederungssystematik der gesetzlichen Regelungen
2. Die typischen Interessenlagen der Vertragsparteien

II. Die Abwicklung gegenseitiger Verträge nach §§ 103 ff. InsO

1. Der Begriff des gegenseitigen Vertrages im Sinne des § 320 BGB
2. Der Stand der Erfüllung bei Insolvenzeröffnung
3. Die Wirkung der Insolvenzeröffnung auf die Leistungsansprüche
4. Die endgültige Nichterfüllung durch den Insolvenzverwalter
5. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters auf Erfüllung nach § 103 Abs. 1 InsO

III. Die Durchsetzung vormerkungsgesicherter Ansprüche nach § 106 InsO

1. Der Zweck der Vormerkung nach § 883 BGB
2. Der Anspruch des Vormerkungsberechtigten auf Erfüllung
3. Die Besonderheiten beim Bauträgervertrag

IV. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt

1. Die dogmatische Einordnung des Eigentumsvorbehalts in § 103 InsO
2. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Käufers
3. Die Vertragserfüllung in der Insolvenz des Verkäufers nach § 107 Abs. 1 InsO
4. Sonderformen des Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz

V. Die Abwicklung von Miet- und Pachtverhältnissen nach §§ 108 ff. InsO

1. Das Fortbestehen von Dauerschuldverhältnissen
2. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Mieters nach § 109 InsO
3. Das Mietverhältnis in der Insolvenz des Vermieters
4. Die Abwicklung von Leasingverträgen im Insolvenzverfahren

VI. Dienst-, Arbeits- und Geschäftsbesorgungsverhältnisse im Insolvenzverfahren

1. Die Bedeutung des Arbeitsrechts im Insolvenzverfahren
2. Die Regelungen der §§ 113 ff. InsO im Überblick
3. Das Erlöschen von Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen nach §§ 115 ff. InsO

F. Die Insolvenzanfechtung

I. Der Zweck der Insolvenzanfechtung

1. Die Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Vorfeld der Insolvenz
2. Die Insolvenzanfechtung im Vergleich zur Gläubigeranfechtung
3. Die Prüfung eines Anfechtungstatbestandes

II. Die Geltendmachung einer Insolvenzanfechtung durch den Insolvenzverwalter

1. Der Anfechtungsanspruch nach § 143 InsO
2. Die Geltendmachung des Anfechtungsanspruchs

III. Die allgemeinen Anfechtungsvoraussetzungen

1. Die anfechtbare Rechtshandlung nach § 129 InsO
2. Die Gläubigerbenachteiligung

IV. Die einzelnen Anfechtungstatbestände

1. Die Anfechtung von Verfügungsgeschäften wegen kongruenter oder inkongruenter Deckung nach §§ 130 oder 131 InsO
2. Die Anfechtung von unmittelbar benachteiligenden Rechtsgeschäften nach § 132 InsO
3. Die sogenannte Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO
4. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen nach § 134 InsO
5. Die Anfechtung kapitalersetzender Leistungen nach § 135 InsO

V. Die typischen Beispielfälle einer Insolvenzanfechtung

1. Der Abschluss von Zahlungsvereinbarungen
2. Die Zahlung des Schuldners zur Abwendung der Zwangsvollstreckung oder eines Insolvenzantrags
3. Die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner
4. Die Insolvenzanfechtung im Grundstücksverkehr

Straf-, Strafprozess- und Strafvollstreckungsrecht II (90 Stunden)

A. Grundzüge des Strafverfahrensrechts (Themenschwerpunkt: Revisionsrecht)

I. Ablauf des Strafverfahrens im Überblick

1. Ermittlungsverfahren
2. Zwischenverfahren
3. Hauptverfahren
4. Ausgewählte besondere Verfahrensarten
 - a. Strafbefehlsverfahren
 - b. Beschleunigtes Verfahren
5. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe
 - a. Rechtsmittel: Berufung, Revision, Beschwerde, Einspruch
 - b. Rechtsbehelfe: Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Wiederaufnahme des Verfahrens, Verfassungsbeschwerde

II. Aufgaben des Rechtspflegers bei rechtskraftrelevanten Erklärungen zu Protokoll der Geschäftsstelle (Rechtsantragsstelle)

1. Einlegung und Begründung der Revision
2. Einspruch gegen Strafbefehl
3. Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
4. Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens

B. Grundzüge des Strafvollstreckungsrechts

Allgemeiner Teil

I. Einführung

1. Begriff der Strafvollstreckung (und Abgrenzung zum Strafvollzug)

2. Strafvollstreckungsvorschriften (einschl. Jugendgerichtsgesetz)
3. Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde und Jugendrichter als Vollstreckungsleiter
4. Zuständigkeit des Rechtspflegers (auch im Verhältnis zum Strafvollzug)
5. Grundsatz der nachdrücklichen Vollstreckung

II. Voraussetzungen der Strafvollstreckung

1. Vorliegen einer vollstreckungsfähigen Entscheidung
2. Rechtskraft
3. Keine Vollstreckungshindernisse
 - a. Vollstreckungsverjährung
 - b. Gerichtliche Einstellung
 - c. Strafaussetzung zur Bewährung
 - d. Strafaufschub und Strafunterbrechung
 - e. Amnestie, Gnadenerweis, Immunität, Spezialität

III. Vollstreckung von Freiheitsstrafen

1. Zuständigkeit der Justizvollzugs- und Jugend(straf)anstalten, Vollstreckungsplan
2. Ladung zum Strafantritt
3. Aufnahmeersuchen
4. Vorführungs- und Haftbefehl
5. Überführungs- und Unterbrechungersuchen

IV. Strafzeitberechnung

1. Vollstreckungsreihenfolge
2. Strafbeginn
3. Anrechnung
4. Strafreue nach Unterbrechung
5. Halbstrafen- und Zweidrittelzeitpunkt
6. Vollstreckung mehrerer Freiheitsstrafen
7. „Goldene Regeln“ der Strafzeitberechnung

V. Nachträgliche Gesamtstrafenprüfung und -bildung

1. Grund
2. Voraussetzungen
3. Vollstreckung

VI. Vollstreckung von freiheitsentziehenden Maßnahmen der Besserung und Sicherung

1. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus
2. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt
3. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung

Besonderer Teil

I. Vollstreckung von Geldstrafen

1. Einforderung und Mahnung
2. Beitreibung
3. Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe
4. Freie Arbeit
5. Geldstrafenvollstreckung bei Insolvenz des Verurteilten

II. Vollstreckung von Nebenstrafen und Nebenfolgen

1. Fahrverbot
2. Verlust der Amtsfähigkeit und Wählbarkeit

III. Vollstreckung von nichtfreiheitsentziehenden Maßnahmen der Besserung und Sicherung

1. Führungsaufsicht
2. Entziehung der Fahrerlaubnis
3. Berufsverbot

IV. Besonderheiten

1. Geldbuße und Erzwingungshaft
2. Ordnungsgeld, Zwangsgeld, Ordnungs- und Zwangshaft
3. Vollstreckung von Jugendstrafen
4. Fahndungsmaßnahmen

V. Ausgewählte Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde

1. Strafaufschub (§ 456 StPO)
2. Strafausstand (§ 455 StPO)
3. Zurückstellung der Strafvollstreckung (§§ 35, 36 BtMG)
4. Absehen von der Vollstreckung nach Abschiebung oder Auslieferung (§ 456 a StPO)

VI. Rechtsbehelfe in der Strafvollstreckung

Internationales Privatrecht II (32 Stunden)

I. Schwerpunkt: Internationales Erbrecht

1. Gesetzliche Erbfolge
2. Gewillkürte Erbfolge
3. Nachlassspaltung
4. Internationale Zuständigkeit und Nachlassverfahren
5. Intertemporales Erbrecht
6. Das Europäische Nachlasszeugnis

II. Internationales Güterrecht

III. Internationales Familienrecht

Wahlpflichtseminar Grundbuchrecht (24 Stunden)

Wahlpflichtseminar Zivilprozessrecht (24 Stunden)

Ausgewählte Fragen des Zivilverfahrens- und Kostenrechts

A. Beratungshilfe

B. Erstattungsfähigkeit von Kosten des Rechtsstreits

- I. Vorprozessuale Kosten
- II. Gerichtskosten
- III. Außergerichtliche Kosten
 1. Parteikosten
 2. Reisekosten

C. Einwendungen im Kostenfestsetzungsverfahren

- I. Zulässige Einwendungen
- II. Behandlung der Einwendungen

Wahlpflichtseminar Handels- Gesellschafts- und Registerrecht (24 Stunden)

I. Auslandsbezug im Handelsregister

II. Konzernrecht

III. Gesellschaftsrecht und Insolvenz

Teil E

Sechstes Semester

Familienrecht IV (50 Stunden)

Themenschwerpunkte:

Ausgewählte Fragen insbesondere des Familien- (Vormundschafts-, Pflegschafts-) und Betreuungsrechts, Einführung in das Adoptionsrecht und das Minderjährigenschaftsbeschränkungsgesetz, Vorstellung gesetzlicher Neuregelungen.

A. Einführung in das Adoptionsrecht

- I. Adoption Minderjähriger**
- II. Adoption Volljähriger**

B. Überblick über das Minderjährigenschaftsbeschränkungsgesetz

C. Beendigung und Aufhebung der Vormundschaft, Pflegschaft, Betreuung

D. Pflichten des Vormunds/Pflegers/Betreuers nach Beendigung des Amtes

- I. Rückgabe der Besta(e)llungsurkunde**
- II. Rechenschaftsbericht**
- III. Vermögensherausgabe**
- IV. Rechnungslegungspflicht**

E. Unaufschiebbare Angelegenheiten nach Tod des Mündels, Pfleglings, Betreuten

Grundbuchrecht III (85 Stunden)

I. Gerichtliche Pfändungen und Grundbuch

- 1. Abteilung I des Grundbuchs
 - a. Bruchteilsgemeinschaft
 - b. Erbengemeinschaft
 - c. Rechtsstellung des Grundstückserwerbers
- 2. Abteilung II des Grundbuchs (z.B. Nießbrauch)
- 3. Abteilung III des Grundbuchs
 - a. Briefhypothek

- b. Buchhypothek
- c. Fremdgrundschuld
- d. Eigentümergrundschuld
- e. Voll- und Teilpfändung
- f. Grundpfandrechtszinsen

II. Veränderungen beim Wohnungseigentum

1. Nachträgliche Regelungen zum Gemeinschaftsverhältnis
2. Umwandlungen von Wohnungseigentum in Teileigentum und umgekehrt
3. Umwandlungen von Gemeinschaftseigentum in Sondereigentum und umgekehrt
4. Unterteilung von Wohnungseigentum
5. Vereinigung von Wohnungseigentum
6. Veränderung und Aufhebung von Sondernutzungsrechten
7. Erwerb und Veräußerung einer Grundstücksteilfläche
8. Änderungsvorbehalt und Änderungsvollmacht
9. Isolierte Übertragung Miteigentumsanteilen und Sondereigentum
10. Vom Aufteilungsplan abweichende Bauausführung

III. Erbbaurecht

1. Begründung (mit Erbbauzins)
2. Belastung
3. Übertragung
4. Inhaltsänderung
5. Erlöschen

IV. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Grundbuch

1. Grundstückserwerb und –veräußerung durch eine GbR
2. Änderungen im Personenbestand einer GbR
3. Zwangsvollstreckung für und gegen eine GbR

V. Besonderheiten bei Eintragungen in Abt. II des Grundbuchs

1. Grunddienstbarkeit
2. Nießbrauch
3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeit (auch Wohnungsrecht)
4. Vorkaufsrecht
5. Reallast

6. Vormerkung

Gegenstand der Lehrveranstaltungen ist insoweit die vertiefende Betrachtung der genannten Grundbucheintragungen unter folgenden Aspekten:

1. Berechtigter
2. Belastungsgegenstand
3. Inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten
4. Übertragung
5. Erlöschen

VI. Prüfungsvorbereitung anhand aktueller Rechtsprechung

Nachlassrecht III (70 Stunden)

I. Die Nachlasspflegschaft

1. Arten der Nachlasspflegschaft (Sicherungspflegschaft, § 1960 BGB)
Prozesspflegschaft, § 1961 BGB; Nachlassverwaltung, § 1975 BGB)
2. Voraussetzungen der Anordnung der Nachlasspflegschaft bzw.
Nachlassverwaltung
3. Zuständigkeiten (sachlich, örtlich, funktionell)
4. Aufgaben und Stellung des Nachlasspflegers nach § 1960 und nach § 1961 BGB
und des Nachlassverwalters nach § 1975 BGB
5. Vergütung und Aufwendungsersatz des Nachlasspflegers

II. Besonderheiten bei der gesetzlichen Erbfolge

1. Adoption und Erbfolge
 - a. Minderjährigenadoption
 - b. Volljährigenadoption
 - c. Besonderheiten (Stiefkind- und Verwandten- und Altadoptionen)
2. Verschollenheit – Lebens-/Todesvermutung
3. Erbrecht des nasciturus
4. Pflegschaften in den Fällen 2 und 3

III. Die Haftung des Erben

1. Grundsatz der unbeschränkten Haftung
2. Beschränkbarkeit
3. Die Tätigkeit des Rechtspflegers in diesem Bereich

IV. Die Rechtsstellung des Alleinerben

1. Berufung zum Erben
2. Annahme oder Ausschlagung?
 - a. Der vorläufige Erbe (Schwebezeit)
 - aa. Besorgung erbschaftlicher Geschäfte (Haftung, Aufwendungsersatz)
 - bb. Annahme und Anfechtung
 - cc. Ausschlagung und Anfechtung
 - dd. Überschuldung des Erblassers
 - ee. Nachlasssicherung
 - b. Die „wirtschaftlichen“ Überlegungen des Erben
 - aa. Vermächtnisse
 - bb. Pflichtteilsberechtigte
 - cc. Kinder aus vorausgegangenen Ehen
 - dd. Erbrechtliche/güterrechtliche Lösung (bei Zugewinnngemeinschaft)
 - ee. Der nichteheliche Partner als (gewillkürter Erbe)

Vollstreckungsrecht IV, Insolvenzrecht II (70 Stunden)

A. Die Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung

I. Übersicht über das System der Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung

1. Die Vielgestaltigkeit und Gliederungssystematiken der Rechtsbehelfe
2. Übersicht zu Rechtsbehelfen der Zwangsvollstreckung
3. Rechtsbehelfe gegen das Verfahren der Zwangsvollstreckung
4. Rechtsbehelfe betreffend materiellrechtliche Einwendungen

II. Rechtsbehelfe im Verfahren der Klauselerteilung

1. Die Rechtsbehelfe des Schuldners
2. Rechtsbehelfe des Gläubigers im Klauselerteilungsverfahren

III. Die Vollstreckungserinnerung nach § 766 ZPO

1. Die Zulässigkeit der Vollstreckungserinnerung
2. Die Begründetheit der Vollstreckungserinnerung
3. Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts
4. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung

5. Übersicht zu den Voraussetzungen der Vollstreckungserinnerung
6. Die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Gerichtsvollzieher

IV. Die sofortige Beschwerde nach § 793 ZPO

1. Abgrenzung zur Vollstreckungserinnerung
2. Die Zulässigkeit der Beschwerde
3. Die Begründetheit der Beschwerde
4. Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 570 Abs. 2, 3 ZPO

V. Der besondere Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO

1. Der Anwendungsbereich der Vorschrift
2. Zulässigkeit des Antrags auf Vollstreckungsschutz
3. Die Begründetheit des Vollstreckungsschutzes nach § 765a ZPO
4. Die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts

VI. Die Vollstreckungsgegenklage nach § 767 ZPO

1. Die Zulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage
2. Die Begründetheit der Vollstreckungsgegenklage

VII. Die Drittwiderspruchsklage nach § 771 ZPO

1. Die Zulässigkeit der Drittwiderspruchsklage
2. Die Begründetheit der Drittwiderspruchsklage

VIII. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 769 ZPO

1. Anwendungsbereich der Norm
2. Die Zulässigkeit der einstweiligen Anordnung
3. Die Begründetheit der einstweiligen Anordnung
4. Der Erlass der einstweiligen Anordnung
5. Die Wirkungen der Entscheidung
6. Die einstweilige Anordnung des Vollstreckungsgerichts nach § 769 Abs. 2 ZPO

B. Vollstreckungsrecht und Insolvenzrecht

I. Die Systematik der vollstreckungshindernden Regelungen

1. Der Zweck der vollstreckungshindernden Regelungen

2. Die insolvenzrechtlichen Regelungen im Vergleich zu Konkurs und Gesamtvollstreckung

II. Die zeitliche Einordnung der vollstreckungshindernden Regelungen

1. Die Anfechtbarkeit von Vollstreckungsmaßnahmen
2. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung im Insolvenzeröffnungsverfahren
3. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung
4. Das Verbot der Zwangsvollstreckung im eröffneten Insolvenzverfahren
5. Die Zwangsvollstreckung nach Verfahrensbeendigung
6. Die Zwangsvollstreckung im Restschuldbefreiungsverfahren

III. Die Rückschlagsperre mit Verfahrenseröffnung

1. Die Voraussetzungen der Rückschlagsperre nach § 88 InsO
2. Die Wirkungen der Rückschlagsperre
3. Die Befriedigung des Gläubigers während des maßgeblichen Zeitraums

IV. Das Vollstreckungsverbot im eröffneten Insolvenzverfahren

1. Das Wirksamwerden des Vollstreckungsverbots mit Insolvenzeröffnung
2. Die vom Vollstreckungsverbot betroffenen Gläubiger
3. Das durch das Vollstreckungsverbot geschützte Vermögen
4. Die vom Vollstreckungsverbot erfassten Vollstreckungsmaßnahmen
5. Der statthafte Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen

V. Das Arbeitseinkommen des Schuldners

1. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens als Teil der Insolvenzmasse
2. Die Pfändung des Arbeitseinkommens durch einen Insolvenzgläubiger
3. Die Pfändung des künftigen Arbeitseinkommens

C. Besondere insolvenzrechtliche Verfahrensarten

Das Restschuldbefreiungsverfahren

I. Die Grundlagen der Restschuldbefreiung

1. Die wirtschaftliche und rechtliche Ausgangssituation
2. Der Standort der Restschuldbefreiung im Insolvenzrecht

II. Die Durchführung des Restschuldbefreiungsverfahrens

1. Der zur Restschuldbefreiung zugelassene Schuldner
2. Das Durchlaufen eines Insolvenzverfahrens
3. Der Antrag des Schuldners auf Erteilung der Restschuldbefreiung nach § 287 InsO
4. Die Zulassung des Schuldners zur Restschuldbefreiung nach § 287a InsO
5. Der Ablauf des Abtretungszeitraums (Wohlverhaltensperiode)
6. Die Erteilung der Restschuldbefreiung

III. Die Wirkungen der Restschuldbefreiung

1. Die Umwandlung der Insolvenzforderungen zu Naturalobligationen
2. Die Rechte gegenüber den Mitschuldern und Bürgen
3. Die von der Restschuldbefreiung nicht erfassten Forderungen des § 302 InsO
4. Der Widerruf der Restschuldbefreiung

Das Verbraucherinsolvenzverfahren

I. Die Grundlagen der Verbraucherinsolvenz

1. Die Gesetzgebungsgeschichte zum Verbraucherinsolvenzverfahren
2. Der Verfahrensablauf im Überblick

II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

1. Der Antrag des Schuldners auf Insolvenzeröffnung nach § 305 Abs. 1 InsO
2. Der Antrag eines Gläubigers auf Insolvenzeröffnung
3. Das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren

III. Das eröffnete Insolvenzverfahren seit 1. Juli 2014

1. Die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens
2. Die schriftliche Durchführung des vereinfachten Insolvenzverfahrens
3. Die erweiterte Geltung der Rückschlagsperre nach § 88 Abs. 2 InsO

Das Verfahren der Eigenverwaltung

I. Die Überlegungen des Gesetzgebers zur Eigenverwaltung nach §§ 270 ff. InsO

1. Die Eigenverwaltung als flexibles Instrument der Selbstverwaltung
2. Die Akzeptanz der Eigenverwaltung in der Rechtspraxis
3. Der Anwendungsbereich der Eigenverwaltung

II. Das Verfahren zur Anordnung der Eigenverwaltung

1. Die Anordnung auf Antrag des Schuldners
2. Die Stellung des Sachwalters nach §§ 274 ff. InsO
3. Die Aufhebung der Eigenverwaltung

Das Insolvenzplanverfahren

I. Die Ziele des Insolvenzplanverfahrens nach den §§ 217 ff. InsO

1. Die Überlegungen des Gesetzgebers zum Insolvenzplanverfahren
2. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Insolvenzplan
3. Die Stellung des Insolvenzplans innerhalb des Insolvenzverfahrens

II. Der Aufbau eines Insolvenzplans

1. Die Gliederung des Insolvenzplans nach §§ 219 ff. InsO
2. Der Inhalt des darstellenden Teils nach § 220 InsO
3. Die Bildung von Gläubigergruppen als zentrales Instrument des Insolvenzplans nach § 222 InsO
4. Der Inhalt des gestaltenden Teils nach §§ 221 ff. InsO

III. Das Insolvenzplanverfahren

1. Die Einbringung des Insolvenzplans nach § 218 InsO
2. Das Verfahren bis zum Erörterungs- und Abstimmungstermin nach §§ 231 ff. InsO
3. Die Abstimmung der Gläubiger über den Insolvenzplan nach § 235 InsO
4. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO
5. Die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans nach § 248 ff. InsO

Immobilienvollstreckungsrecht II (50 Stunden)
--

I. Teilungsversteigerung

1. Allgemeines
2. Gemeinschaften am Grundstück
3. Anordnung und Beitritt
4. Geringstes Gebot
5. Erlösverteilung

II. Zwangsverwaltung

1. Anordnung des Verfahrens
2. Zwangsverwalter
3. Beschlagnahmeumfang
4. Teilungsplan
5. Aufhebung des Verfahrens
6. Vergütung des Verwalters

Handels- Gesellschafts- und Registerrecht III (50 Stunden)

I. GmbH & Co. KG

1. Arten
2. Gründung
3. Organisation
4. Beendigung

II. Aktiengesellschaft

1. Die Gründung
2. Beschlussfassung
3. Der Vorstand
4. Der Aufsichtsrat
5. Abwicklung, Fortsetzung und Löschung der Aktiengesellschaft

III. Auslandsbezug

1. Ausländische Vertreter
2. Ausländische Gesellschaften
3. Urkunden aus dem Ausland

IV. Umwandlungsrecht

1. Verschmelzung
2. Spaltung
3. Formwechsel

V. Verfahren und Rechtsbehelfe

VI. Genossenschaftsrecht

VII. Übungen zur Examensvorbereitung

Zivilprozessrecht, Kostenrecht III (50 Stunden)

- I. Kosten und Vergütungsfestsetzung unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung**
- II. Wiederholung und Vertiefung anhand von Fallbeispielen**

Straf-, Strafprozess- und Strafvollstreckungsrecht III (40 Stunden)

- I. Vermögensabschöpfung**
 - 1. Sinn und Zweck der Vermögensabschöpfung
 - 2. Der Ablauf der Vermögensabschöpfung
 - a) Die Einziehung von Taterträgen
 - b) Die Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten
 - 3. Vorläufige Sicherung
 - a) Die Sicherung eines Einziehungsgegenstandes (Beschlagnahme)
 - b) Die Sicherung für die Einziehung von Wertersatz (Vermögensarrest)
 - 4. Ablauf der Vollstreckung ohne Verletztenansprüche
 - 5. Die Entschädigung bei vorhandenen Ansprüchen von Verletzten
 - 6. Insolvenzeröffnung und Vermögensabschöpfung
- II. Wiederholung und Vertiefung anhand von Fallbeispielen**

Internationales Privatrecht III (20 Stunden)

- I. Kollisionsrechtliche Behandlung ausgewählter Rechtsgebiete**
- II. Wiederholung und Vertiefung anhand von Fallbeispielen**